Minister

Sündige Meile

Gesundheitsminister Seehofer paßt der Straßenstrich nicht

Das Gewerbegebiet im Stadtteil Dransdorf gehört nicht zu den bevorzugten Lagen der Bundesstadt Bonn. Zwischen Autobahnzubringern und Eisenbahngleisen wird hier seit vielen Jahren Chemie produziert, Autoschrott verwertet, Müll verbrannt.

Daß in dieser Schmuddelgegend seit fast drei Jahrzehnten auch Puff und Straßenstrich zu finden sind, regt keinen mehr auf. Das Eros-Center neben dem Schlachthof und die ambulanten Damen vor der benachbarten Müllverbrennungsfabrik gehören längst zum Inventar des tristen Bonner Westens.

Plötzlich aber regt sich Widerstand. Ein prominenter Neu-Bewohner des Viertels, Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU), will die Nutten vertreiben, die dort – und auch vor seinem Ministerium – auf Freier warten.



DPA

Minister Seehofer: „Untragbarer Zustand"

„Durch die Ausweitung der Straßenprostitution bis nunmehr vor die unmittelbare Ministeriumseinfahrt", so schrieb er Ende Dezember der neuen Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD), sei „ein Standortproblem entstanden, das ich im Interesse meines Hauses nicht hinnehmen kann". Mitarbeiterinnen seien „bereits mehrfach in den frühen Abendstunden auf dem Weg zur nahegelegenen Bushaltestelle belästigt" worden.

Nur aus Fürsorge um seine Bediensteten sei der Chef aktiv geworden, versichert sein Persönlicher Referent Manfred Lang, „jedenfalls nicht aus moralischer Entrüstung". Und offenbar auch nicht aus Sorge um die Gesundheit der Prostituierten. Über deren erbärmliche Arbeitsbedingungen verliert der Gesundheitsminister im Brief kein Wort.

Um so besorgter äußert sich Seehofer über die Außenwirkung des Straßenstrichs. Die Oberbürgermeisterin möge bitte „berücksichtigen, welchen Eindruck diese Situation Besuchern und ausländischen Gästen vermittelt, die häufig auch in den Abendstunden in das Ministerium kommen".

Grantig vermerkt der Bayer, daß die Rheinländer bisher nichts unternommen haben, um das Problem zu lösen. Schon Anfang 1993, beim Umzug in den Neubau am Dransdorfer Propsthof, habe man diskutiert. Aber auch die „zwischenzeitliche Einschaltung des Polizeipräsidiums (hat) bislang keine Abhilfe dieses untragbaren Zustands erbracht". Und dies, obwohl, wie Seehofer feststellt, sein Ministerium „eines der Ressorts (ist), das mit Überzeugung zu der Entscheidung über seinen dauerhaften Verbleib hier in Bonn steht".

Undank ist der Welten Lohn.

Einstweilen läßt die Bonner das Gejammere kalt. Der Chef des Bonner Ordnungsamtes, Peter Pollmann, sieht keinen Anlaß, beim dafür zuständigen Regierungspräsidenten eine neue Verordnung über „Sperrzonen" zu beantragen, nachdem die alte Verordnung aus den sechziger Jahren nach 20 Jahren ausgelaufen war und nicht erneuert wurde.

Der Regierungspräsident habe dazu keinen Anlaß gesehen, meint Pollmann, Prostituierte gebe es in der Gegend rund um das Ministerium schon seit Jahrzehnten – das Problem sei den Ministerialbeamten auch bekannt gewesen.

Beschwerden von Anwohnern seien stets unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen zurückgewiesen worden. Und jugendgefährdend findet Pollmann das Treiben auch nicht, „weil es sich bei den Bediensteten um Erwachsene handelt". Sein Fazit: „Wir können hier keinen großen Hammer schwingen."

Seehofers Meile im „Regierungsviertel Dransdorf" (Behörden-Spott) bleibt sündig. ❑